

Alltag in den neue
Siedlungen: Separates
Straßensystem



Der „Friedensprozess“ in Israel und Palästina als Kolonisierungsprojekt

■ Ludwig Watzal

Dieser Prozess wäre ein Erfolg geworden, wenn Israel ihn in guter Absicht betrieben hätte. Aber alle israelischen Regierungen haben in dieser Zeit die Besiedelung und Kolonisierung palästinensischen Landes vorangetrieben. Die Zahl der Siedler hat sich in acht Jahren „Friedensprozess“ verdoppelt, parallel dazu wurden die besetzten Gebiete mit einem separaten Straßensystem überzogen, das um die palästinensischen Orte herumführte; einige dieser Straßen sind nur jüdischen Israelis vorbehalten! Die Zerstückelung der besetzten Gebiete hat einen Grad erreicht, der keinen zusammenhängenden Palästinenserstaat mehr möglich macht.

Ein 101-jähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Osloer-Abkommen zwi-

Der „Friedensprozess“ zwischen Israel und den Palästinensern

ist tot. Er zielte niemals auf einen dauerhaften Frieden ab, sondern

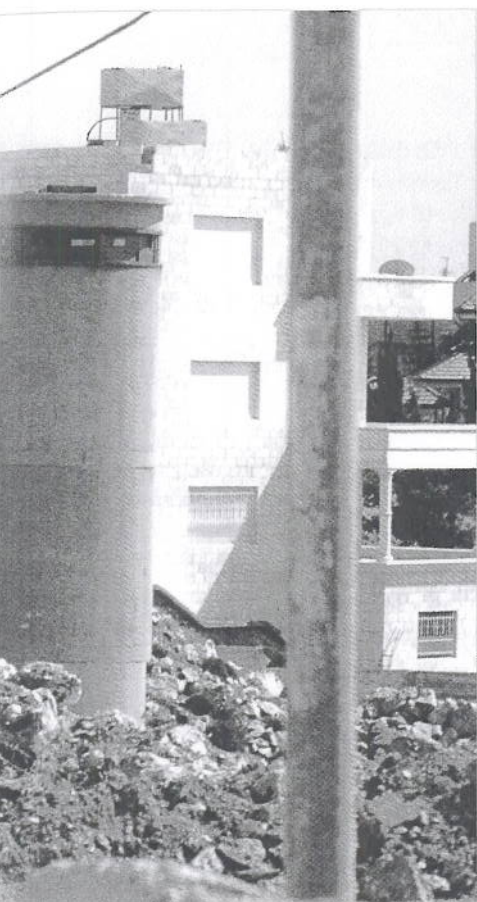
hatte nur die Fortsetzung der israelischen Okkupation auf

völkerrechtlicher Grundlage zum Ziel.

schen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Abu Mazen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu

lösen. Die Realität spricht aber eine andere Sprache.

Trotz Friedensprozess riss die Welle der Gewalt in Israel und Palästina nie ab. Ein besonderes Charakteristikum dieses Friedensprozesses scheint zu sein, dass sein Weg mit Gewalt und vielen Toten gepflastert ist. Entweder waren es israelische Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter oder aber Palästinenser, die den Gewaltmaßnahmen des israelischen Militärs zum Opfer fielen. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon samt



seiner rechtsnationalistischen Freunde dreht sich die Spirale der Gewalt. Der Friedensnobelpreisträger Shimon Peres fungiert in dieser Regierung nur als Feigenblatt zur Besänftigung des liberalen Westens, obwohl seine Biografie ihn als Hardliner der zionistisch-expansionistischen Linie gegenüber den Palästinensern ausweist.

Trotz Friedensprozess gehen die Menschenrechtsverletzungen seitens Israels unvermindert weiter. Die Regierung Sharon bedient sich Methoden, die man sonst nur bei antidemokratischen Regimen vermutet. Angebliche Drahtzieher des Widerstandes werden durch das israelische Militär liquidiert. So sind auch südamerikanische Militärdiktaturen mit ihren Widersachern umgegangen. Das jüngste Opfer dieser Liquidierungspolitik war der Generalsekretär der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ Ali Abu Mustafa Sabri. Neben Folterungen, treten Landenteignung, Häuserzerstörungen, Ausgangssperren, willkürliche Tötungen durch sogenannte „Todesschwadronen“ (verdeckte Einheiten, die sich als Araber verkleiden und unliebsame Palästinenser liquidieren), sowie Demütigungen von Palästinensern auf allen Ebenen, hinzu.

Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, dass auch die palästinensische

Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der knapp siebenjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden bereits 26 Palästinenser durch die eigenen Geheimdienste zu Tode gefoltert. Fünf Todesurteile wurden vollstreckt. Einschüchterungen, Rechtlosigkeit und Willkür seiner zwölf Geheimdienste gehören zum Alltag. Das autoritäre Regime Arafats kann aber nur adäquat beurteilt werden, wenn man den Druck seitens Israels und der USA mit berücksichtigt. Beide verlangen von ihm, aggressiver gegen die Radikalen vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern. Dies hat Arafat dadurch vermieden, dass er Verdächtige umgehend von seinem dubiosen „Staatssicherheitsgericht“ verurteilen ließ, um sie damit vor der Auslieferung an Israel zu „schützen“. Alle einmal Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden. Würde sich Arafat jetzt dem Druck Israels beugen, würde er sich als Kollaborateur völlig bloßstellen. Wie konnte es zu diesem Zustand kommen?

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye River-Memorandum vom 28. Oktober 1998 wurden von der Netanyahu-Regierung unterzeichnet. Sein Nachfolger Ehud Barak unterzeichnete am 4. September 1999 das Sharm el-Sheikh Memorandum. Im Juli 2000 wollten Barak und der US-Präsident Bill Clinton in Camp David Arafat einen Statusendvertrag aufzwingen, der die Palästinenser auf ewige Zeiten in Bantustans eingeschlossen hätte, ohne über eine eigene Souveränität zu verfügen.

Bevor es zur Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ kommen konnte, wurden Briefe ausgetauscht, in denen sich die beiden Seiten anerkannten und Arafat für seine PLO einige Verpflichtungen eingegangen ist. Die wichtigsten Punkte der Prinzipienerklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV).
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Die gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamem Interesse“ (Art. V). Nur indem man diese zentralen Fragen ausklammerte, konnte der „Friedensprozess“ so lange zum Nachteil der Palästinenser fortgesetzt werden.

Der Abschluss dieses Abkommens und die Anerkennung Israels durch die PLO führte zur Entspannung auch mit den arabischen Staaten. So schloss Jordanien mit Israel am 26. Oktober 1994 einen Friedens-



Foto: Bethlehem-Mission / Berliner Missionswerk

Gewalt als Mittel der Politik:
Historische Sackgasse

vertrag. Der Golf-Kooperationsrat setzte den Wirtschaftsboykott aus, und viele Staaten der Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Israel auf, darunter auch arabische. Die Palästinenser als Volk erhielten im Gegenzug aber nicht die Anerkennung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung durch Israel, sondern es wurde nur die PLO als ihre Repräsentantin anerkannt.

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen. An der tatsächlichen Besatzung im Gaza-Streifen hatte sich jedoch nichts geändert: Die Palästinenser erhielten nur 65 % des Landes, der Gaza-Streifen ist komplett eingezäunt, die Israelis kontrollieren die Ein- und Ausreise, alle Siedlungen blieben bestehen und alle Militärverordnungen gelten weiter. Arafat

muss sie befolgen und benötigt selbst sowie seine VIPs zur Ausreise die Genehmigung Israels.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung

an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, die macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim Alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des Weiteren zieht sich zwar die israelische Militärverwaltung zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft (Westbank 1.400, Gaza-Streifen 1.000) und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent, und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert.

Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einem Rückzug aus Teilen Hebrons und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100.000 Palästinenser unter Arafats Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und zirka 20.000 Palästinenser unter Israels Kontrolle bzw. direkter Okkupation wohnen. Die Einwilligung Netanyahus zu diesem Abkommen wurde als „Ja“ der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozess gewer-

tet. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, weil die extremistischen Kräfte, die Netanyahus und auch jetzt die Regierung Sharons tragen, sich nicht mit einer eigenständigen Palästinenseridentität abgefunden haben. Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein soll, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen investiert hat. Hinter dieser Leistung wollte Netanyahu zu Recht nicht zurückstehen.

Auch die Barak-Regierung setzte die Unterdrückung der Palästinenser fort. Von den 42 wild errichteten Siedlungen in der Endphase der Netanyahu-Regierung blieben bis auf vier alle erhalten. Seine Regierung erteilte mehr Baugenehmigungen in den Siedlungen als die Vorgängerregierung. Der Westen sah in Barak einen „Liberalen“, und man erhoffte sich von ihm die Fortsetzung des „Friedensprozesses“. Nicht nur dass er die Unterdrückung der Palästinenser fortsetzte, sondern er trug durch seinen Zick-Zack-Kurs noch zur Verschärfung der Lage bei: Mit seiner Genehmigung konnte Ariel Sharon am 28. September 2000 in Begleitung von über 1.000 Polizisten den Haram al-Sharif (Tempelberg) begangen. Dieser „Besuch“, der für die Palästinenser eine reine Provokation darstellte, löste einen Tag später die Al-Aqsa-Intifada aus, die bis heute andauert. Sie ist eine antikolonialistische Revolte. Seit diesem Zeitpunkt führt Israel einen brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk mit Billigung der USA und der Europäischen Union. Jeglicher Widerstand gegen das israelische Besatzungsregime wird als „Terrorismus“ diffamiert, obwohl nach Völkerrecht und gemäß Naturrecht jedes Volk ein legitimes Widerstandsrecht hat, insbesondere

gegen eine nun schon 34-jährige Militärbesatzung. Unter dieses natürliche Widerstandsrecht fallen aber nicht die willkürlichen Terroranschläge gegen unbeteiligte Dritte im Kernland Israels. Sie sind nicht hinnehmbar und durch nichts zu rechtfertigen.

Seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon herrscht in Israel und Palästina die nackte Gewalt. Sharon steht nicht für Frieden, sondern für Abenteuerlust und Fortsetzung der israelischen Expansion. Er ist derjenige, der bis heute seine Siedlungspläne verteidigt und nicht bereit ist, auch nur eine Siedlung zu räumen, da sie eine „zionistische Bedeutung“ haben, wie er in einem Interview deutlich gemacht hat. Sharon ist nicht bereit, unter Druck mit Arafat zu verhandeln. Shimon Peres, der als Friedensnobelpreisträger dieser rechtsnationalistischen Regierung als Feigenblatt dient, versucht immer wieder rhetorisch, den Westen zu besänftigen, was ihm auch gelingt. Die Bush-Regierung unterstützt die israelische Politik der „harten Hand“. Die Europäer und hier insbesondere der deutsche Außenminister Joschka Fischer versuchen, in dieser heiklen Situation zu vermitteln. Fischers Bemühungen, den „Friedensprozess“ gemäß den Vorstellungen des Tenet-Planes oder des Mitchell-Reports wieder in Gang zu bringen, werden keinen Erfolg haben, da deren Pläne den „Friedensprozess“ fortsetzen wollen, der in dieses Chaos geführt hat und die Fortsetzung der israelischen Okkupation bedeutet.

Was bleibt als Fazit, und warum sind die Palästinenser immer noch am „Friedensprozess“ interessiert? Arafat muss wenig-

stens verbal sich zu diesem Prozess bekennen, weil nur auf dieser Grundlage seine Anwesenheit in Palästina weiter garantiert ist. Die Abkommen haben aber nicht zum Frieden, sondern zum Krieg in Israel und Palästina geführt. An diesem Zustand tragen die diversen israelischen Regierungen die Hauptverantwortung, weil keine von ihnen wirklich bereit war, den Palästinensern ihr Selbstbestimmungsrecht und einen eigenen Staat zuzugestehen. Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung. Die Abkommen haben bisher allein der Sicherheit Israels gedient. Sie konnten das palästinensische Problem nicht friedlich lösen, sondern sie wollten es machtpolitisch erledigen; diese Strategie verfolgt insbesondere die Sharon-Regierung. Sie beabsichtigt, ein langfristiges „Nichtangriffsabkommen“ mit den Palästinensern abzuschließen, das Israel Ruhe garantieren würde, um die Kolonisierung palästinensischen Landes fortsetzen zu können.

Gibt es aus dieser verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Ja: Die Kompromissbereitschaft Israels, die Umsetzung des Völkerrechts und die Einhaltung der Verträge. Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung „gerechter Frieden“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat – und nicht eines Bantustans –, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des „demographischen Krieges“ und der „stillen Deportation“ gegen die Bewohner Ost-Jerusalems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser. Nicht durch den „Friedensprozess“, sondern nur durch die Umsetzung dieser Maßnahmen lässt sich der Teufelskreis von Terror und Gegenterror durchbrechen. Solange aber beide Seiten auf ihren Maximalvorstellungen beharren, wird es zu keinem Frieden in der Region kommen.

Buchtipps



Ludwig Watzal:

**Feinde des Friedens.
Der endlose Konflikt
zwischen Israel und
den Palästinensern,
Aufbau Taschen-
buch Verlag, Berlin
2001, 334 Seiten,**

DM 17,90.